

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer in die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 eingebunden ist, welche Bedarfe, Lösungsvorschläge bzw. Maßnahmen bisher ermittelt wurden (bitte jeweils mit Stand der Umsetzung) und welche Treffen haben bisher stattgefunden (bitte mit Angabe der Teilnehmenden, Themen und Ergebnisse)?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie in Bayern der derzeitige Sach- und Zahlenstand bei der Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datengrundbuches (dabag) hinsichtlich der bereits digital erfassten Grundbucheinträge/Grundbücher im Verhältnis zu den noch vorzunehmenden Digitalisierungen des noch nicht digitalisierten Grundbücherbestandes ist und bis wann ist mit einer hundertprozentigen digitalen Erfassung des gesamten bayerischen Grundbücherbestandes zu rechnen?

Oskar Atzinger
(AfD)

Wie erklärt sich die Staatsregierung, dass gemäß Konjunkturbericht 11/2024 des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie der Außenhandelsaldo Bayerns für die Monate Januar bis September 2024 ein Minus von 329 Mio. Euro aufweist, während hingegen der Außenhandelsaldo Deutschlands ein Plus von 189.580 Mio. Euro aufweist, und welche diesbezüglichen Zahlen der letzten fünf Kalenderjahre liegen der Staatsregierung vor?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der Schließung der Kinderarztpraxis [REDACTED] in Moosburg an der Isar und der bisher vergeblichen Suche nach einer Nachfolge frage ich die Staatsregierung, wie ist der Versorgungsgrad mit Kinderarztpraxen für die Region Moosburg / Landkreis Freising (bitte Stand vor und nach der Schließung der Praxis [REDACTED] angeben), was unternimmt die Staatsregierung, um dem Bedürfnis der Familien nach ärztlicher Versorgung nachzukommen, und wie unterstützt die Staatsregierung konkret Praxisinhaberinnen und Praxisinhaber und Kommunen bei der Suche nach einer Praxisnachfolge?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen Auswirkungen wird die Regelung nach ihren Schätzungen oder Berechnungen

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich, noch formal geprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

GRÜNEN)

auf einzelne Kommunen wie etwa München haben, E-Autos bis Ende 2026 für drei Stunden kostenlos auf gebührenpflichtigen Stellplätzen zu parken, sieht die Staatsregierung die Vereinbarkeit dieser Maßnahme mit dem Konnexitätsprinzip ebenfalls als nicht gegeben an, insbesondere vor dem Hintergrund der nicht vorgesehenen finanziellen Kompensation für die Kommunen, und wird die Staatsregierung Sorge tragen, dass den finanziell eh schon angeschlagenen Kommunen künftig Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, statt durch Maßnahmen Einnahmemöglichkeiten zu streichen (bitte genau Finanzmittel auflisten, die zur Verfügung gestellt werden, um die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie Berichte beurteilt, nach denen der am 04.12.2024 in Augsburg wegen Terrorismusfinanzierung und Verbreitung von Terrorpropaganda festgenommene irakische Staatsbürger den Augsburger Christkindlesmarkt mit Fotos ausgespäht habe und entsprechend die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher gefährdet gewesen sei, wie sie die Verbindung des Mannes zum „Islamischen Staat“ einschätzt und auf welche Erkenntnisse sich der Vorwurf der Terrorismusfinanzierung stützt?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die Präsidentenwahl in Rumänien vom dortigen Verfassungsgericht annulliert wurde, weil u. a. der rumänische Geheimdienst laut Medienberichten Informationen über eine massive russische Einflussnahme vorgelegt hat, frage ich die Staatsregierung nach ihren Erkenntnissen über mögliche russische, iranische oder chinesische Pläne und Aktionen sowie solche anderer Urheber, insbesondere auch im Zusammenhang mit Social Media, mit dem Ziel, das Ergebnis der anstehenden Bundestagswahl und die politische Meinungsbildung zu beeinflussen, außerdem welche Erkenntnisse das Landesamt für Verfassungsschutz über solche Pläne und Aktionen hat und welche Initiativen die Staatsregierung vor dem Hintergrund ihrer medienrechtlichen Zuständigkeiten plant, um zu verhindern, dass Social Media von den oben genannten ausländischen Mächten oder auch Unternehmern wie Elon Musk missbraucht wird, um die demokratische Willensbildung zu beeinflussen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Kaufpreis der Landkreis Günzburg Flächen in Röfingen-Roßhaupten erworben hat mit der Absicht, dort eine DK II-Mülldeponie einzurichten, ab wann die bestehende Deponie in Burgau-Unterknöringen voraussichtlich vollständig gefüllt ist, sodass auf die zu errichtende Anlage in Roßhaupten zugegriffen wird, und besteht die Absicht, in Roßhaupten Müllmengen aus anderen Landkreisen aufzunehmen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund einer akuten Vollstreckungsankündigung von Zwangsgeldern gegen das Tatenwerk Eisingen frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie für notwendig hält, um angesichts der prekären aktuellen Lage zu verhindern, dass Wohnpflegeheime für Menschen mit Behinderungen wegen

Fachkräftemangel aktuell besetzte Plätze streichen müssen, also Menschen den bisherigen und nötigen Lebensraum nicht mehr anbieten können, wie steht die Staatsregierung dazu, aktuell Zwangsgelder zu erheben, wenn die Veränderung des baulichen Zustands von Einrichtungen aufgrund der prekären finanziellen Lage vieler Pflegeeinrichtungen, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, ein Insolvenzrisiko bedeuten würde, und wurde im konkreten Fall des Tatenwerks Eisingen bzw. des St-Josef-Stifts die Staatsregierung involviert bzw. der Bezirk Unterfranken vor der Vollstreckungsankündigung gehört (bitte Zeitpunkt und Ergebnisse nennen)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass am Mittwoch, 16. Oktober, Petent und Zweiter Bürgermeister der Gemeinde Dinkelscherben, Dr. Ulrich Fahrner, gemeinsam mit den Bürgermeistern der drei Zusammengeordneten Dinkelscherben, Zusmarshausen und Altenmünster – Edgar Kalb, Bernhard Uhl und Florian Mair – die Petition „Sofortige Umsetzung des Hochwasserschutzes für das Zusamtal“ (Az. UV.0087.19) im Landtag an den Vorsitzenden des Umweltausschusses, MdL Alexander Flierl, sowie an Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber übergab, worin die Petenten die sofortige Umsetzung eines Hochwasserrückhaltebeckens in Siefenwang mit einem Retentionsvolumen von 1 250 000 Kubikmetern fordern, frage ich die Staatsregierung, ob die Ausschreibung für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens bereits erfolgt ist, ob der vorgesehene Baubeginn Anfang März 2025 eingehalten werden kann und wie der gesamte Zeitplan bis zur Fertigstellung der Baumaßnahme aussieht?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass laut Medienberichten¹ das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales angibt, dass es aktuell keine Pläne für eine landesweite Antidiskriminierungsstelle geben würde und bereits bayerische Anlaufstellen vorhanden seien und weiterhin den Betroffenen empfohlen wird, sich an die Stellen des Bundes zu wenden oder an die kommunal finanzierten Angebote, frage ich die Staatsregierung, warum der Freistaat nicht wie die anderen Bundesländer eigene landesweite Antidiskriminierungsstellen als Kompensation für den Wegfall der vom Bund finanzierten Stellen errichtet, welche neuen Zahlen von Diskriminierungsfällen im Kontext Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern in den Jahren 2022, 2023 und 2024 registriert wurden (zugeordnet nach Jahren) und ist der Staatsregierung bewusst, dass die durch den Bund finanzierten Stellen und die kommunalen Angebote mit der Bearbeitung der Anfragen überlastet sind (bei nein bitte begründen; bei ja bitte die Entlastungsmaßnahmen der Staatsregierung auflisten)?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Arzneimitteln (gem. § 2 Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln) liegen in Bayern akute Lieferengpässe vor, seit wann liegen diese nach Kenntnis der Staatsregierung vor und welche Maßnahmen ergreift die

¹ <https://www.zeit.de/news/2024-11/26/staedte-wollen-bayernweite-stelle-gegen-diskriminierung>

Staatsregierung, um diese Medikamente im Rahmen der Versorgungssicherheit verfügbar zu machen?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie bei der Bayerischen Polizei ergreift, damit Schichtdienstleistende Familie und Dienst besser vereinbaren können, und, damit verbunden, wie hoch der Anteil der Vollzeit- bzw. Teilzeitkräfte im Schichtdienst und der Anteil der Schichtdienstleistenden im Vergleich zu Tagdienstleistenden ist?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem der Hochwasser-Check für Kommunen² am 20.09.2024 gestartet wurde, frage ich die Staatsregierung, in welchen Kommunen der Hochwasser-Check bereits begonnen wurde (bitte aufgliedert nach Regierungsbezirken angeben), welche Kommunen haben bereits konkret ihr Interesse an einem Hochwasser-Check bei den Wasserwirtschaftsämtern (WWA) in Bayern angemeldet (bitte auch aufgliedert nach Regierungsbezirken angeben) und über welche zusätzlichen personellen und materiellen Kapazitäten für den Hochwasser-Check verfügen die bayerischen WWA (bitte insbesondere die neuen zusätzlichen Stellen in den WWA nach Regierungsbezirken angeben)?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fördermittel (unterteilt nach EU, Bund und Land) in Bayern für das LEADER-Programm, das als Teil der EU-Strukturförderung die ländliche Entwicklung stärken, innovative Projekte vor Ort fördern und die regionale Zusammenarbeit verbessern soll, in den letzten drei Jahren beantragt wurden, wie viele davon tatsächlich bewilligt wurden und wie lange jeweils der Zeitraum zwischen der Bewilligung, dem Abschluss der Maßnahmen und der finalen Auszahlung der Fördermittel war?

Holger Griebhammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen mit Migrationshintergrund in Bayern an der Gesellenprüfung im Handwerk aufgrund des Sprachniveaus scheitern?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe Mittel aus dem Förderprogramm für ehrenamtliche Bürgerbusse seit Einführung des Programms 2019 ausgezahlt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen bewilligten Projekten angeben), wie entwickelten sich die Fahrgastzahlen bei diesen Bürgerbusprojekten und was ist der Staatsregierung über die Fortsetzung der laufenden Projekte auch nach der Beendigung des Förderprogramms bekannt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des Nachtragshaushaltes 2025 und die auf dort auf Seite 84 und 86 zum Kapitel 03 13 dargelegten sachlichen Verwaltungsausgaben im Bereich Gemeinschaftsverpflegung, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume, Mieten und Pachten und Ausweichunterbringung sowie sonstige Sachinvestitionen frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Zahlen-, Bedarfs- und

² https://www.lfu.bayern.de/wasser/hw_check/index.htm

Kostensteigerungen den vorgeschlagenen jeweiligen Erhöhungen gegenüber dem Soll 2024 und dem Ist 2023 zugrunde liegen und welche Kosten in welchem Umfang hierfür jeweils voraussichtlich vom Bund erstattet werden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutreffend ist, dass die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (BSV) im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zum München Marathon 2025/2026 einem Bewerber, der eine den Vorgaben der BSV entsprechende, aber neue (also nicht bereits etablierte) Streckenführung durch den Englischen Garten vorlegt, niemals eine Genehmigung zur Nutzung des Englischen Gartens für zwei Jahre erteilt, sondern lediglich eine einjährige Erlaubnis, dass die BSV vor Erteilung der Zusage zur Ausrichtung des München Marathons durch die Stadt München und vor Abschluss eines gültigen Mietvertrages den Bewerbern lediglich eine reine Absichtserklärung und kein rechtsverbindliches sowie unbedingtes Einverständnis erteilt und dass die BSV bisher keinem der aktuellen Bewerber eine rechtsverbindliche Erlaubnis zur Nutzung des Englischen Gartens für zwei Jahre (2025/2026) erteilt hat, da eine rechtsverbindliche Einverständniserklärung durch Abschluss eines Mietvertrages erfolgen müsste, dessen Konditionen den (neuen) Bewerbern bei Antragstellung nicht im Detail bekannt sind und von der Verwaltung des Englischen Gartens festgelegt werden und der im Rahmen des München Marathons immer nur für ein Jahr mit dem jeweiligen Veranstalter geschlossen wird?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Sehbehinderten- und Blindenzentrum Südbayern in Unterschleißheim seit 2013 auf die Abschlusszahlungen für abgeschlossene Baumaßnahmen wartet, frage ich die Staatsregierung, warum die Verwendungsnachweisprüfungen seit 2013 so lange dauern, welche durchschnittliche Bearbeitungsdauer für solche Prüfungen üblich ist und welche spezifischen Gründe oder Verfahrensprobleme gibt es, die in diesem Fall zu den Verzögerungen geführt haben?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Photovoltaikanlagen seit Einführung der Solardachpflicht in Bayern auf Dächern von Industrie- und Gewerbegebäuden sowie auf allen anderen Nichtwohngebäuden installiert wurden (bitte dabei sowohl die installierte Leistung in Megawatt als auch die belegte Dachfläche in Quadratmetern angeben), wie viele Quadratmeter Dachfläche neuer Industrie- und Gewerbegebäude seit dem 01.03.2023 sowie aller anderen neuen Nichtwohngebäude seit dem 01.07.2023 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage in Bayern beantragt oder fertiggestellt wurden und welche Mindest- und Höchststrafen gelten bei Nichteinhaltung der Solardachpflicht in Bayern (bitte auch auf die konkrete Definition der Ermessenskategorie dieser Strafen eingehen)?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie, mit Blick auf die zukünftig mögliche einseitige Anrufbarkeit einer Schiedsgerichtsbarkeit für strittige Fällen von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kultur-

gut, insbesondere aus jüdischem Besitz, deren Errichtung von Bund und Ländern bei einem Spitzengespräch im Frühjahr 2024 beschlossen wurde, und die ab 2025 faire und vor allem rechtssichere Lösungen finden soll, die kommunalen Spitzenverbände dabei unterstützen will, zu erreichen, dass alle öffentlichen Einrichtungen, die Kulturgut bewahren – also auch die, die in kommunaler bzw. bezirklicher Verantwortung liegen und somit alle öffentlich-rechtlich verfassten Träger der in Rede stehenden Institutionen – gegenüber der Allgemeinheit („ad incertas personas“) eine Willenserklärung abgeben, mit jeder Anspruch stellenden Person in das vorgesehene Schiedsverfahren zu gehen und sich dabei auf Dauer zu binden („stehendes Angebot“) und somit eine Schiedsgerichtbarkeit erst praktisch möglich zu machen, will die Staatsregierung dadurch, dass Förderrichtlinien des Freistaates zukünftig eine Zeichnung des stehenden Angebots – also eine dauerhafte Willenserklärung – verbindlich machen, erreichen, dass sich auch weitere, z. B. private und/oder öffentlich geförderte Akteurinnen und Akteure, die Kulturgut bewahren, sich dieser Willenserklärung und dauerhaften Bindung anschließen, und welche Unterstützungsleistungen soll es vonseiten des Freistaates für Kommunen und/oder gemeinnützige freie beziehungsweise öffentlich geförderte Kulturinstitutionen geben, um der Verantwortung, die der Freistaat in Bezug auf die NS-Vergangenheit hat, gerecht zu werden und vor allem in diesen Zeiten knapper Kassen die Kosten, die sowohl in Bezug auf die Schiedsverfahren wie auch in Bezug auf die Schiedsergebnisse auf die Kommunen und gemeinnützigen freien Kulturinstitutionen zukommen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte aus dem EU-Schulprogramm, das aus Landes- und EU-Mitteln finanziert wird, sind bei Kitas und Schulen beliebt und die zusätzlichen Portionen Obst und Gemüse sowie Milch und Milchprodukte sind nicht nur gesund und helfen den Kitas in der angespannten finanziellen Lage, sondern sichern auch den Landwirtinnen und Landwirten Einkommen, fördern regionale Wertschöpfung und zeigen Kindern, was es für eine gesunde Ernährung braucht, weshalb ich die Staatsregierung frage, warum sie das Programm einschließlich der dafür benötigten Haushaltsmittel nicht auf Kinder unter drei Jahren ausweitet, warum die maximale Portionsanzahl durch die Staatsregierung nicht so ausgestaltet wird, dass in allen teilnehmenden Einrichtungen, Schulen und vorschulischen Einrichtungen wöchentlich, außer während der Schließzeiten, eine angemessene Portion Obst, Gemüse und Milch bzw. Milchprodukte zur Verfügung stehen, sondern teilweise die Lieferungen von vier auf zwei im Monat gekürzt werden, und inwiefern der Verwaltungsaufwand für die Einrichtungen und die Lieferanten durch Vereinfachungen und Digitalisierung reduziert wurde?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Organisationen, Gruppierungen, Zusammenschlüsse oder Einzelpersonen der Staatsregierung bekannt sind, die in Ingolstadt die Bezahlkarte für Flüchtlinge gegen Bargeld tauschen (bitte sämtliche entsprechenden Akti-

vitäten aufzählen und aufschlüsseln nach Ort, Datum und möglicher Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Syrer derzeit in Bayern leben (bitte getrennt nach Frauen, Männern und Kindern angeben), welchen Aufenthaltsstatus diese anteilig haben und ist die Staatsregierung der Ansicht, dass Syrer, die aufgrund einer politischen Verfolgung durch das Assad-Regime in Deutschland Asyl erhalten haben und nun den Sturz Assads feiern, keinen Asylgrund mehr haben?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche zehn Städte in Mittelfranken im Jahr 2023/2024 die meisten erfassten Straftaten aufweisen, welche zehn Städte in Mittelfranken im Verhältnis von erfasster Straftat und Einwohnerzahl für das Jahr 2023/2024 prozentual gesehen pro Einwohner die meisten Straftaten aufweisen und welche zehn Städte in Mittelfranken die höchste Aufklärungsquote von Straftaten vorweisen können?

Harald Meußgeier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylsuchende aus Syrien in Bayern untergebracht sind (falls möglich, bitte auch nach Regierungsbezirk aufschlüsseln), welchen Status diese haben (bitte nach Status aufschlüsseln) und wie viele offene Asylverfahren in Bayern mit Staatsangehörigkeit Syrien gibt es?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der auslaufenden Mietpreisbremse frage ich die Staatsregierung, welche konkreten politischen Initiativen sie in diesem Jahr ergriffen (bitte aufschlüsseln) und welche Gespräche sie geführt hat (bitte Daten und Teilnehmerkreis angeben), um die Verlängerung der Mietpreisbremse über das Jahr 2025 hinaus politisch zu unterstützen und welche politischen Initiativen und Gespräche plant die Staatsregierung, um eine drohende Steigerung der Angebotsmieten in beliebten Ballungsgebieten zu verhindern?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Polizeiinspektionen in den vergangenen zehn Jahren in Bayern entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten angeben), wo in den vergangenen zehn Jahren Polizeiinspektionen in Bayern herabgestuft, zusammengelegt oder geschlossen wurden (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten angeben) und wie hat sich die personelle Besetzung der Polizeiinspektionen in Bayern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Vollzeit- und Teilzeitstellenanzahl pro Jahr und Standort angeben)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Verteuerung und der unsicheren Weiterführung des Deutschlandtickets, welche Preisgestaltung des Bayerischen Ermäßigungstickets für das kommende Jahr geplant ist, unter welchen Umständen es vorgesehen ist, dass das Bayerische Ermäßigungsticket fortgeführt wird und wie Kosten und Leistungen der Semestertickets an den einzelnen Hochschulstandorten sich im kommenden Jahr entwi-

ckeln werden?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die in der Kreistagssitzung des Landkreises Hof vorgebrachte Unterstützung von 70 Prozent der förderfähigen Kosten aus RÖFE-Fördermitteln (RÖFE = Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen) zum Bau der Frankwaldbrücken frage ich die Staatsregierung, auf welcher Grundlage die Förderzusage von 70 Prozent für die Frankwaldbrücken gegenüber dem Landkreis Hof getätigt wurde, insbesondere angesichts der Kostensteigerung von ursprünglich 12 Mio. Euro auf nun 45,5 Mio. Euro (bitte unter Angabe des Datums, der Form und des zuständigen Staatsministeriums für die Zusage), wie steht die Förderzusage im Einklang mit der fehlenden vollständigen Barrierefreiheit des Projekts angesichts der Tatsache, dass die RÖFE-Förderung an Barrierefreiheit gekoppelt ist, und welche Informationen wurden der Staatsregierung zur Wirtschaftlichkeit des Projekts z. B. in Form einer Kosten-Nutzen-Analyse seit 2016 übermittelt (bitte konkrete Daten und Absender auflisten)?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft die Webseite „www.bayern-gegen-gewalt.de“ abgerufen wird (bitte monatlich für die Jahre 2023 und 2024 auflisten), wie viele Nutzerinnen und Nutzer die Webseite besuchen (bitte monatlich für die Jahre 2023 und 2024 auflisten) und wie viele finanzielle Mittel für die Instandhaltung und Verwaltung der Webseite aufgebracht werden (bitte monatlich für die Jahre 2023 und 2024 auflisten)?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann der im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausbau der Studienplätze für Soziale Arbeit umgesetzt wird, ob dafür Mittel im Haushalt vorgesehen sind (bitte genaue Höhe angeben) und falls nicht, wann ist die Bereitstellung geplant?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bundesmittel bisher von der Staatsregierung im Jahr 2024 insgesamt abgerufen wurden, welche Bundesmittel für den Freistaat im Jahr 2024 noch insgesamt zum Abruf bereitstehen und welche Bundesmittel wurden im Jahr 2024 nicht abgerufen?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der Aussage des CSU-Landtagsabgeordneten Stefan Ebner, wonach die in Tschechien geplanten Atomkraftwerke „deutlich niedrigere Sicherheitsstandards“ haben, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Mitteln Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Tschechien höchste Sicherheitsstandards erzwingen möchte, wie die Staatsregierung im Rahmen einer von Dr. Markus Söder geforderten „Atomkraft-Partnerschaft“ sicherstellen will, dass Bayern immer genau dann genügend und dann auch günstigen Strom aus Tschechien bekommt, wenn es diesen aufgrund von Schwankungen im Netz brauchen kann, und welche Forderungen Dr. Markus Söder gegenüber der tschechischen Regierung hinsichtlich der Endlagerung des Atommülls erhebt?

Stephanie Schuhknecht

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form bzw. Frist wurden

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die kommunalen Spitzenverbände (Städtetag und Gemeindetag) vor der Entscheidung, drei Stunden kostenloses Parken von E-Fahrzeugen auf eigentlich kostenpflichtigen Stellplätzen zu erlauben, eingebunden bzw. um ihre Haltung dazu gefragt, wie verträglich es sich mit dem Konnexitätsprinzip, dass bereits etliche Kommunen aufgrund dieser Regelung Einnahmeausfälle aus Parkgebühren erwarten und der Freistaat hierfür keinerlei Kompensation vorsieht und wieso werden die kommunalen Spitzenverbände überhaupt um ihre Meinung gefragt, wenn die Staatsregierung trotz einer klar ablehnenden Haltung zum Vorschlag der Staatsregierung nicht bereit ist, mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Art und Weise von E-Mobilitätsförderung beim Parken zu sprechen und zu einem tragfähigen Kompromiss (Stichwort kommunale Selbstverwaltung) zu kommen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamtinnen und Beamte der Bayerischen Polizei haben in den letzten fünf Jahren an Auslandsmissionen (z. B. im Rahmen der Vereinten Nationen) teilgenommen (bitte nach Mission und Tätigkeit aufschlüsseln), wie wirkt sich die Teilnahme an einer Auslandsmission auf die Karrierechancen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus und wie fließen die gesammelten Erfahrungen in die Arbeit der Bayerischen Polizei ein?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele E-Autos, Hybridfahrzeuge sowie Brennstoffzellenfahrzeuge sind in München derzeit zugelassen, wird die Staatsregierung der Landeshauptstadt München die durch die neue Parkregelung (drei Stunden kostenfrei für E-Autos, Hybridfahrzeuge, Brennstoffzellenfahrzeuge) entstehenden Einnahmeausfälle ersetzen und wie viel wird die Staatsregierung im Jahr 2025 sowie 2026 jeweils in den Ausbau von Ladestationen für E-Autos in München investieren?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr – seit dem Verbot der sogenannten „Gendergerechten Sprache“ – Beschwerden von Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen vorliegen, dass nach wie vor in irgendeiner Art Druck oder Zwang ausgeübt wird, damit Mitarbeiter weiterhin die „Gendergerechte Sprache“ verwenden sollen, falls ja, wann und wo fanden diese Vorkommnisse statt und wie wurde vonseiten der Staatsregierung darauf reagiert?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche möglichen Standorte in Oberfranken das Ankerzentrum in Bamberg zum 01.01.2026 ablösen, wurden Forchheim, Bayreuth, Coburg in die Standortüberlegungen einbezogen und gibt es andere Standortüberlegungen?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele syrische Staatsangehörige seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 entweder Asyl in Bayern beantragt haben, sich aktuell in einem Asylverfahren befinden oder im Rahmen des Familiennachzugs nach Bayern eingereist sind?

Dr. Simone Strohmayr

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf können im laufenden Schuljahr nicht beschult

- (SPD) werden und wie viele waren es im Schuljahr 2014/2015 (bitte aufgeschlüsselt nach Art des Förderbedarfs, Alter und Regierungsbezirken angeben)?
- Martin Stümpfig**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form sie durch die angekündigte strategische Atomkraft-Partnerschaft den Bau neuer tschechischer Atomkraftwerke unterstützen will, sieht die Staatsregierung eine Verbesserung der Sicherheitslage für Bayern durch zusätzliche Atomreaktoren auf tschechischer Seite und auf welcher rechtlichen Grundlage kann das Bundesland Bayern ohne Zuständigkeit beim Thema Atomsicherheit Absprachen zu Sicherheitslevel der Atomkraft mit der Regierung des Nachbarlandes Tschechien verhandeln?
- Gabriele Triebel**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, ob die Trinkwasserfassung, die die Gemeinde Reichling im Landkreis Landsberg mit Trinkwasser versorgt, mit ausreichend Flächen für deren Schutzzone I, II und III ausgestattet ist, und welche Auswirkungen auf das Klima, Schutzgebiete, Biodiversität und Wasser der Staatsregierung bekannt sind, die durch Emissionen der Gasprobebohrung und der Abfackelung von ungefiltertem Gas entstehen?
- Markus Walbrunn**
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie sie gedenkt, konkret mit dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom November 2024 umzugehen, welches Teile der Verordnung der Staatsregierung zur Einführung eines verpflichtenden Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte gekippt hat, wie gedenkt sie konkret, die betroffenen Lehrkräfte für die unrechtmäßige Anordnung der wöchentlichen Zusatzstunde zu entschädigen, und welche Lehren werden hinsichtlich eines zukünftigen Arbeitszeitkontos gezogen?
- Ruth Waldmann**
(SPD) Vor dem Hintergrund der geplanten Halbierung des Landespflegegeldes frage ich die Staatsregierung, welche rechtlichen und administrativen Schritte sie plant, um die Neuregelung des Landespflegegeldes rechtssicher zu gestalten, wie bewertet die Staatsregierung die Zulässigkeit der geplanten Neuregelung für bestehende Empfänger unter Berücksichtigung des sozialrechtlichen Bestandsschutzes und sieht die Staatsregierung mit Blick auf neue und bestehende Empfänger den Gleichbehandlungsgrundsatz gewahrt?
- Laura Weber**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Arbeitslosenzahlen in der Nordoberpfalz in den letzten drei Jahren entwickelt haben (aufgeteilt nach Landkreisen), wie beurteilt die Staatsregierung die Auswirkungen von drohenden Insolvenzen, beispielsweise der Firma ██████████, auf den Arbeitsmarkt in der Nordoberpfalz und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Unterstützung betroffener Firmen?
- Christian Zwanziger**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viel es kosten würde, wenn die bisher geleistete Mehrarbeit an Grundschulen im Rahmen des Piazzolo-Pakets finanziell ausgeglichen werden würden (bitte auch auf die Höhe der kumulierten Arbeitszeit auf den Arbeitszeitkonten der Grundschullehrkräfte eingehen), welche Alternativen kann

sich die Staatsregierung vorstellen, um die Mehrarbeit an Grundschulen rechtssicher zu gestalten, und überprüft die Staatsregierung angesichts des Urteils zur Mehrarbeit an Grundschulen auch die anderen Maßnahmen aus dem Piazzolo-Paket auf Rechtssicherheit, Notwendigkeit und Effektivität?